

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche...

Sonnabend, 12. Februar 1921

Anzeigenpreise: Die 8gepaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk. auswärts 0,90 Mk.

An den Branger!

Der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes treibt seit Monaten ein geradezu gemeingefährliches Spiel. Die oppositionelle Arbeiterschaft ist im und nach dem Kriege an mancherlei gewöhnt worden.

Die Kölner Mitgliedschaft des D.E.B. ist vom Verbandsvorstand in schamloser Weise provoziert worden. Zwei langjährige Mitglieder des D.E.B., die das volle Vertrauen ihrer gesamten Kollegenschaft besitzen, wurden in dem Augenblick aus dem Verbande ausgeschlossen.

In Essen hat die Bürokratie des D.E.B. gegen fünf Mitglieder, nur weil sie Kommunisten waren, den Ausschluß verfügt. Als die Mitglieder leidenschaftlich protestierten, sprengte der Verbandsangestellte Schmidt die Versammlung.

Der Ortsbeamte des D.E.B. Erfurt wurde durch eine Besetzung des Hauptvorstandes des D.E.B. fristlos entlassen. Grund: Zugehörigkeit zur 3. Internationale.

Vor einigen Wochen machte der Hauptvorstand des D.E.B. den Versuch, den Genossen Fleischhauer in Hanau von seinem Posten als Ortsbeamter zu entfernen. Einstimmig hat sich die Ortsverwaltung mit ihm solidarisch erklärt. Einer Mitgliederversammlung vom 23. Januar lag eine Resolution vor, in der dem Genossen Fleischhauer das Vertrauen der Kollegen ausgesprochen, gegen das Vorgehen des Hauptvorstandes protestiert und verlangt wurde, daß der Genosse F. auf seinem Posten bleibt.

In München wurde der Hauptbetriebsrat beim Reichsverkehrsministerium, Zweigstelle Bayern, Genosse Christoph Kammerer, seit 16 Jahren in der Arbeiterbewegung tätig, vom Hauptvorstand ausgeschlossen, nur, weil er zur S.R.P.D. gehört. Eine überfüllte Mitgliederversammlung nahm einstimmig eine Erklärung an, die besagt, daß sich Kammerer seit vielen Jahren selbstlos für die Interessen

seiner Kollegen und für die Sache der Arbeiterschaft eingesetzt hat. Einstimmig wurde die Zurücknahme der Ausschlußverfügung verlangt.

In Berlin wurden fünf kommunistische Vertrauensleute des D.E.B. ausgeschlossen. Mit überwältigender Mehrheit erklärten sich die Mitglieder mit den Ausgeschlossenen solidarisch.

Der Vorstand des D.E.B. verschickte an seine sämtlichen Funktionäre eine Erklärung, in der sich diese unter der Leitung dieser Unterschrift hängt es ab, ob die Angehörigen des D.E.B. weiter beschäftigt werden sollen.

Revolutionäre Arbeiter, Genossen! Wir wissen, daß außer den Anhängern Noskes und Eberis, — und das sind auch viele mehrheitssozialistische Arbeiter nicht — keiner von euch das wahnsinnige Treiben der Vorstandes Paeplov billigt. Wir wissen, daß euer Gerechtigkeitsgefühl stark genug ist, um euren kommunistischen Klassenbrüdern dieselben Rechte innerhalb eurer Organisationen einzuräumen, die ihr für euch in Anspruch nehmt. Was die Gewerkschaftsbürokratie mit wohlwollender Duldung eurer Parteipresse und der gesamten Gewerkschaftspresse anstellt, geschieht gegen euren Willen und — gegen eure Interessen. Nicht die kommunistische Partei wird davon Schaden haben, mögen auch einzelne unserer Genossen hart getroffen werden. Aber was diese dulden, die Opfer, die sie bringen, kommen der kommunistischen Partei, der 3. Internationale zugute. Begreift ihr, daß ihr, die Proletarier ohne Unterschied der Partei es seid, die die Folgen zu tragen haben? Ihr alle habt die Suppe auszulöffeln, die euch die Gewerkschaftsbürokratie einbrodt. Sie glaubt uns, während die uns kräftigt, schlägt sie euch klaffende Wunden.

Revolutionäre Arbeiter, Genossen! Wenn die sozialdemokratische Presse schweigt, wenn sie zur Hure der Gewerkschaftsbürokraten geworden ist, dann müßt ihr reden und handeln, auf daß eure Organisation nicht zum Gespött der Bourgeoisie wird. Schon wittern die Schakale des Kapitalismus Morgenluft. Mit jammern Behagen verfolgen sie jeden Schritt, den verblendete Gewerkschaftsbürokraten gegen die Einheit der Gewerkschaftsbewegung führen. In eure Hände ist das Schicksal der Gewerkschaften gegeben. Die Stunde ist eunst.

Parteilosgenossen und Genossen! Seht mit diesem Material in die Versammlungen. Definiert dem letzten eurer Klassenbrüdern die Augen. In den Wahlversammlungen müßt diese unerhörten Vorgänge zur Sprache gebracht werden. Den breiten Massen muß gezeigt werden, daß die wahren Schuldigen die Unabhängigen und die Sozialdemokratische Partei sind. Es gilt den Massen zu zeigen, daß dieselben Parteien, die eine so schamlose und skrupellose Behandlung der Eisenbahner billigen und direkt und indirekt unterstützen, auch im Parlament das Proletariat bei jeder Gelegenheit verraten werden.

Das Ausnahmegericht für Kommunisten.

(L.H.) Frankfurt a. M., 10. Februar. Die Anklage gegen die verhafteten 14 Kommunisten ist dem außerordentlichen Gericht bei dem Reichswehrgruppenkommando in Kassel überwiesen worden.

Kommunisten kommen immer dann vor ein außerordentliches Gericht, wenn man ihnen nichts beweisen kann und ein reguläres Gerichtsverfahren scheitert.

Russisch-rumänische Friedensverhandlungen.

(Privattelegramm der „Schl. sichen Arb.-Ztg.“)

Stockholm, 9. Februar. Als Verhandlungsort schlägt die russische Regierung Reval vor. Der russische Vertreter ist bereits dort hin abgereist.

In einer Note, die Tschichowin an Tark Jowtschew gerichtet hat, heißt es: Die russische Regierung habe seit Beginn der Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Rußland und Rumänien, d. h. seit mehr als einem Jahre, das größte Entgegenkommen und den unerschütterlichen Entschluß besessen, die Differenzen beider Länder zu Ende zu bringen und ein solides und andauerndes Einverständnis herzustellen. Sie habe jetzt beschloffen, noch einmal der rumänischen Regierung entgegenzukommen und den Vorschlag der rumänischen Regierung, den diese am 21. Januar machte und den die Sowjetregierung am

4. Februar erhielt, anzunehmen. So sehr die russische Regierung die Verzögerung bedauert, welche die Vorbesprechung vor der endgültig regelnden Konferenz bedeutet, ist sie doch einverstanden, Delegierte in eine neutrale Stadt zu schicken, die das Programm für die endgültige Konferenz besprechen sollen. Die russische Regierung hat zum Bevollmächtigten Maxim Maximowitsch Litwinoff, Mitglied des Kollegiums des Volkskommissariats für Auswärtiges und Vertreter Rußlands in Reval bestimmt. Litwinoff wurde während seines Moskauer Aufenthaltes mit allen nötigen Instruktionen versehen, um die Besprechung zum guten Ende zu führen.

Aus der Partei.

Thomas stellt seine öffentliche Tätigkeit ein.

Die Bezirksleitung Südbayerns teilt mit, daß Duo Thomas, der sich bei dem nationalsozialistischen Faschismus in München besonders engagiert hat, bis zur Erledigung der Angelegenheit vollständig seine öffentliche Tätigkeit für die Partei eingestellt hat. Wir erwarten, daß die weiteren Schritte feststehen werden.

Eine „Lösung“.

Die Reichsregierung hat, wie wir schon meldeben, die Einladung nach London angenommen, nachdem sie sich versichert hatte, daß ihr die Ruhr-Regierung in München in der Entwaffnungsfrage keine formalen Hindernisse in den Weg legen werde. Damit war jedoch die Krise zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung noch nicht aus der Welt geschafft. Man halte in München die endgültige Formel für das Verhältnis zu Berlin noch nicht gefunden.

Die Vertraulichkeit, mit der die ganze Angelegenheit zwischen Berlin und München behandelt wurde, läßt nicht erkennen, welche Fragen im einzelnen die Reichsregierung der Ruhr-Regierung zur Beantwortung vorgelegt hat. Nach langen Beratungen, die auf verschiedene Strömungen in der bayerischen Gegenrevolution schließen lassen, wurde jetzt offiziell folgender Typ bekannt gemacht:

Die bayerische Regierung kann von ihrem Standpunkt über die Zweckmäßigkeit einer einheitlichen Behandlung der Pariser Beschlüsse nicht abgehen, wird sich aber in der Entwaffnungsfrage den Ausdrücken, welche die Reichsregierung für notwendig hält und verfassungsmäßig verfügen wird, nicht widersetzen. Die Verantwortung dafür muß sie jedoch der Reichsregierung überlassen. Bayern ist gewillt, die schwere Last, die der Frieden von Versailles und auferlegt hat, gemeinsam mit den Ländern und dem Reich zu tragen.

Die „Vossische Zeitung“ weiß dazu noch zu melden, daß in der Antwort Münchens an Berlin noch zum Ausdruck gebracht werden würde, daß der Vollzug der Entwaffnung nach dem Entwaffnungsgesetz eine Aufgabe der Reichsregierung, insbesondere des von ihr entsandten Entwaffnungskommissars, darstelle, dem es überlassen werden muß, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen. Die Verhandlungen zur Durchführung dieser Maßnahmen müßte die Reichsregierung diesem überlassen.

Diese „Lösung“ ist eine weitere Verschärfung der Lage. Die Stinnes-Regierung will, wie ihre ganze bisherige Haltung beweist, auch nicht ernsthaft die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren. Aber sie sitzt zwischen zwei Feuer. Die Entente fordert die Erfüllung der Entwaffnungsbedingungen, bleibt sie aus, treten die Sanktionen in Kraft. Bayern wehrt sich gegen die Entwaffnung, erklärt, sie nicht selbst durchführen zu wollen. Die Stinnes-Regierung aber würde es zu einem Aufstand der Orgeß treiben, wenn sie die Entwaffnung mit Gewalt zu erzwingen versuchen würde, ganz abgesehen davon, daß sie gar keine Machtmittel dazu hat, weil der einzige militärische Faktor, der dafür in Frage käme, die Reichswehr, sich in der Hand der Orgeß-Offiziere befindet.

Wenn daher jetzt die Rechtssozialisten und Unabhängigen so tun, als bestähe Aussicht für die Entwaffnung der Einwohnerwehren Bayerns durch die Reichsregierung, so ist das eine naive Selbsttäuschung und eine gefährliche Täuschung des Proletariats.

Es gibt im Rahmen der jetzigen Machtverhältnisse nur zwei Möglichkeiten. Entweder die Entente läßt sich auf neue Verhandlungen und Zugeständnisse in der Entwaffnungsfrage ein oder, wenn das nicht geschieht, übernimmt die Stinnes-Regierung den Standpunkt der Ruhr-Regierung gegenüber der Entente und macht sich so zum Führer der Orgeßfronde, oder sie kapituliert vor der Ruhr-Regierung und die übernimmt die Führung der Fronde der ganzen deutschen Orgeß.

Die dritte Möglichkeit ist der Aufmarsch der Arbeitermassen zum Angriff auf die Gegenrevolution, die wieder einmal Babauque spielt. Das ist der einzige Rettungsweg. Ihn zu beschreiten gibt der Offene Brief eine Grundlage. Schnell aber muß die geschlossene Kampffront geschlossen werden. Ueber die Bekanntheit zu ihr hinaus muß es zu ihrer aktionsfähigen Formierung kommen, wenn es zum Schlag gegen Orgeß, Not und Elend nicht zu spät und mit Erfolg kommen soll.

Streiks und Lohnbewegungen in Ungarn.

(Privattelegramm der „Schlesischen Arb.-Ztg.“)

Wien, 9. Februar. Aus Budapest wird gemeldet: Die Gasfabrikarbeiter und die Munitionsfabrikarbeiter sind in den Ausstand getreten. Andere Arbeiterkategorien haben sich den Streikenden angeschlossen. Nach den gemeldeten Berichten der Wiener erklären sich auch die ärztlichen Arbeiter mit dem Streik solidarisch. Der Streik ist noch nicht beendet worden. Die Direktion der Fabrik hat 700 Arbeiter ausgesperrt.

Die Tarifverträge fordern die Erhöhung ihrer Löhne, da die gegenwärtigen Löhne bei der fortwährenden Erhöhung der Lebensmittel und der wachsenden Arbeits-

# Politische Uebersicht.

## Ein Verbrecher am Proletariat.

### Löbes Bekenntnis.

In der „Volksmacht“ hat der Breslauer S.P.D.-Führer und Reichstagspräsident Paul Löbe zu den Pariser Forderungen Stellung genommen. Nachdem er für die Durchführung der Entwaffnungsforderung eingetreten ist, und gegen Bayern die Reichsexekution verlangt hat (wer soll sie durchführen, Herr Löbe? Etwa die Reichswehr?), schreibt er folgendes über die Wiedergutmachungsforderung:

Die Verpflichtung zur Zahlung von 26 Milliarden Goldmark und etwa 86 Milliarden Ausgabegeldern unterschreiben, diese nicht nur wider Eren und Glauben, sondern gegen alle Vernunft eine Verpflichtung eingehen, deren Unmöglichkeit sich beim ersten Zahlungstermin trotz offenkundiger würde. Also wird die deutsche Regierung bei ihrem Nein bleiben müssen, auch wenn die Feindmächte so gültig sein sollten, sich 50 oder 60 Milliarden abhandeln zu lassen, wozu sie jedoch nicht die geringste Bereitwilligkeit zeigen.

Vielleicht schon in den ersten Märztagen wird die Aussicht auf einen Ausweg vorhanden sein und die Alliierten werden zur Ausübung jener Exekutionen schreiten, die sie uns für den Fall der Nichterfüllung ihrer Forderungen angelündigt haben. Befragung des Nuttreibers und anderer deutscher Gebiete, vielleicht abermals Frankfurt a. M., vielleicht aber auch München, wo Lloyd George bereits ankunfte, als er auf dieses Zentrum des Widerstandes zu sprechen kam. Ferner Verklammerung der Befragung des Rheinlandes und Errichtung eines selbständigen Zollgebiets für daselbe, offenbar in der Absicht, es für ewig von der Demarkation zu trennen, wie Oesterreich seinerzeit bei der Okkupation Bosniens verfuhr.

Löbe sieht neue kriegerische Verwicklungen kommen. Er schreibt am Schlusse seines Artikels:

Ob aber die neuen Wirren, in die Deutschland gestürzt würde, auf unser Land beschränkt bleiben, erscheint sehr unwahrscheinlich — ein großes Gebiet am großen europäischen Körper streift die anderen an und benachbarte Staaten liegen genug vor unseren Toren, die schnell vom Heber ergriffen sein würden.

Also, Löbe ist sich bewußt, daß die politischen Auseinandersetzungen zwischen dem deutschen Kapital und dem Imperialismus der Westländer in einem neuen europäischen Krieg enden können. Trotzdem hängt er sich an die Hochschiff: Dr. Simons und fordert die Arbeiter auf, hinter der Simonsregierung in der Front des nationalen Bürgertums Stellung zu nehmen. Kein Wort sagt er darüber, wie das deutsche Proletariat sich selbst einen Ausweg bahnen kann. Kein Aufruf zur proletarischen Revolution in internationaler Solidarität mit den Arbeitern der Welt. Bewußt ist Löbe über das deutsche Proletariat in eine Katastrophe hineinschlittern zu lassen, die schlimmer würde, wie der Weltkrieg 1914—1918 war.

Das ist kein entschuldigender Irrtum, sondern ein bewußtes Verbrechen am Proletariat.

Die „Schlesische Tagespost“ quittierte ihm gestern dankend dafür. Neben der Erteilung einer Epistel in der Entwaffnungsforderung, in der sie Gegner der Auffassung Löbes ist, schreibt sie:

„Das Mein“ des Reichstagspräsidenten fällt im gegenwärtigen Augenblick schwer in die Waagschale und wird in Paris wie in London sicherlich ernste Beachtung finden. Das Herr Löbe sonst über die Folgenwirkungen des Pariser Diskussionspunktes ausführt, ist durchaus zurecht und vernünftig.“

Die Antwort der Arbeiterklasse darauf muß die Herstellung der geschlossenen Kampffront gegen Kapitalismus und Gegenrevolution, gegen die Simonsregierung und ihren Reichstagspräsidenten Löbe sein.

## „Die verächtlichsten Frachtkaufher“.

„Du Schwein, Du Hund, Du Latschung.“ Aus dem Sprachschatz des Herrn Ober-Regierungspräsidenten Hörsing.

Herr Maximilian Harden sagt in der letzten Nummer seiner „Zeitung“ den bürgerlichen und rechtssozialistischen „Kamraden“ recht derbe Wahrheiten. Harden schreibt:

„In unseren Parlamenten laufen ganze Fraktionen aus dem Saal oder randalieren wie verächtliche Frachtkaufher, wenn eine ihnen schroff widersprechende Uebersetzung zu Wort kommt. Jeder soll ein Freiher von Knigge, der das Schandwort „Latschung“ mit „Knecht“ absetzt. Und an die „Knecht“ ich ein der Abgeordnete Adolf Hoffmann: Als im Reichstag, im Schlußwort zum Jahresetat, unser Genosse Koenen den Namen Knecht nannte, schrie ihm der in der ersten Reihe sitzende Herrling lautlos zu: „Latschung! Du Schwein! Du Hund! Latschung!“

Der Abgeordnete Braß, der vor Hörsing stand, suchte ihn, dessen Zustand nicht nur er schon vorher erkannt, sondern auch wir mit vor der Rednertribüne Sitzenden schon recht anerkennend gesehen hatten, dadurch zu beruhigen, daß er scherzhaft zu ihm sagte: „Sie haben sich wohl heute gerade gelümmelt, daß Sie Koenen Latschung schimpfen?“

Herr Hörsing suchte sich zu erheben, wiederholte gegen Braß dieselben Schimpfworte und holte aus, um Braß mit der geballten Faust ins Gesicht zu schlagen. Braß packte mit größter Ruhe Hörsing und drückte ihn nieder mit den Worten: „Knecht, sind Sie doch wenigstens hier vernünftig, wenn Sie mir betrinken sind!“ Mehrere kommunistische und rechtssozialistische Abgeordnete waren dazwischen getreten; darunter war auch Genosse Adolf Hoffmann, der den S.P.D.-Kollegen erregt aber berechnigt zusetzte: „Führt doch Koenen Schimpfen aus, es ist ja ein Schandwort, er ist nicht heillos!“ Diese Worte hatte der Präsident Löbe gehört und rief Hoffmann zur Ordnung, worauf dieser mit Recht antwortete: „Knecht Sie lieber den betrinkenen Abgeordneten Hörsing zur Ordnung und lassen Sie ihn aus dem Saal entfernen!“

So ist der nackte Tatbestand. Hörsing hat nicht den Versuch gemacht, die Latschung zu erlösen, um sich gegen „unabhängige Verbündigten“ zu verteidigen. Herr Hörsing war von der rechtssozialdemokratischen Regierung zum Reichsleiter deutscher Kultur in Ober-Schlesien berufen und ist jetzt Oberpräsident der Provinz Sachsen. (Der, wo in allzu großer Eher leidet, in Deutschland beamteten Kandidaten der Herren Briand und Lloyd George sollten, wenn sie den selben Schimpfwortspiegel nach Paris und London werden,

auch diese Probe unseres „guten Tonens in allen Lebenslagen“ zu gefälliger Kenntnisnahme weitergeben. Dann würde ihren Chefs das Staunen vergehen.)“

So weit der gut bürgerliche Herr Harden. Die Photographie stimmt. Die kapitalistisch-rechtssozialistische Bundesbrüderschaft mag sich das gut gelungene Bildchen hinter den goldumrahmten Spiegel flecken.

## Zur Preußenwahl.

### Arbeiter denkt daran.

Mit einer geradezu rührenden Konsequenz hängt der „Vorwärts“ und die „Freiheit“, und die Provinzialblätter machen es natürlich nach, jeder Meldung der Feststellung, von der sie annimmt, daß sie auf ihre Leser aufreuzend wirken könnte, den aufmunternden Nachsatz an: Arbeiter, denkt daran am 20. Februar und wählt die Kandidaten der U.S.P. Die Tuberkulose miltet grauenhaft, also wählt U.S.P., die Dergesch mület und droht, wählt U.S.P., die Kariere verteuern das Brot, wählt U.S.P. Erst h ute schildert sie den furchtbaren Gesundheitszustand der Berliner Schulkinder in einem langen Artikel, dessen Weisheit letzter Schlus ist, wählt U.S.P.

Das ist keine bloß gedankenlos angewöhnte und angewandte Formel, das verrät den wahren Geist der U.S.P.D. Wer auch nur halbwegs revolutionär fühlt und denkt, dem ist es einfach unmöglich, angesichts irgendeiner der zahllosen empörenden und aufreizenden Tatsachen, in denen sich die brutale Klassendiktatur der Bourgeoisie und die Herrlichkeit der durch sie geschirmten Wirtschaftsordnung offenbart, immer nur daran zu denken, daß die richtige Antwort der Stimmgabel ist. In wem nur eine Spur proletarischen Trostes lebt, wird in solchem Falle die Arbeiter auffordern, sich zum Kampf zusammenzuschließen und sich gegen die Reinger zur Wehr setzen, wird solche Fälle zum Anlaß nehmen, auch indifferente und noch unaufgeklärten Arbeitern bereitwillig zu machen, daß das kapitalistische System und sein Klassenhaat zertrümmert werden müssen, um den proletarischen Staat aufzurichten zu können. Aber, was das Herz voll ist, des geht der Mund über. Alle schönen Phrasen darüber, daß man auch für die Diktatur ist, werden in der Wahl-erregung vergessen, wenn Mandate zu ergattern sind.

Arbeiter, denkt daran nicht nur am 20. Februar, sondern immer und laßt euch von den Menschewitsen nicht dazu verführen, immer nur im Wählen den Ausweg zu finden, sondern schließt zum Kampfe die Reihen, behaltet das Ziel unerrückbar im Auge, die Niederwerfung des Gegners, die Eroberung der Macht. Am 20. Februar aber zigt in einer machtvollen Demonstration, daß ihr euch endlich befreit habt vom parlamentarischen Kreimismus und euch zu der Partei der Tat und zur Internationale der Weltrevolution bekennet.

## Hindenburggrummel und Schiffstau an der Wasserkante.

### Lichtrede eines Gewerkschaftsbundes — Gegendemonstration der Arbeiter.

Hindenburg, Ludendorff und Stinnes haben am Fastnachstichtag auf der Bremer Vulkanwerft den Dampfer „Hindenburg“ gekauft, wobei Hindenburg die Taufrede hielt und Frau Stinnes mit der Seilschleife die Taufe vollzog. Hindenburg jagte, daß trotz allem Graß der Lage der Stapellauf ein tröstlicher Beweis für den Wiederaufbau Deutschlands sei.

Dreier kostspielige Feiernachtlicher mit Hohenollermerlag erinnert uns an die Taufe des ersten „Dreadnought“ „Raffan“ durch Wilhelm den Letzten im Jahre 1908 in Wilhelmshaven. Damals wurde die „Raffan“ vom Stapel gelassen, obwohl sie noch nicht fertig war. Koldbürtig wurde der Schiffsrumpf mit Holztafeln zusammen gehalten. Wilhelm merkte nichts von dem Schwindel, der allen Barkarbeitern bekannt war. Einige Zeit später löste sich die „Raffan“ im Werfthafen wieder in Wohlgefallen auf und mußte mit ungeheuren Kosten neu zusammengesetzt werden.

Man es der „Hindenburg“ so geht wie der „Raffan“, dann ist sie ein vorzügliches Symbol des Wiederaufbaus.

Nach der „Deutschen Zeitung“ hätten sich Ludendorff, Hindenburg und Stinnes durch die freudig erregten Arbeiter hindurchwinden müssen. Die uns aus Bremen gemeldet wird, war allerdings Paul Müller-Hamburg als Vertreter des Transportarbeiterbundes bei den Herren Hindenburg, Ludendorff, Stinnes und Kompagnie zu Gast und hielt eine Lichtrede, die Ludendorffs allerhöchste Zustimmung fand. Aber die Zustimmung der Arbeiter fand Paul Müller nicht. Im Gegenteil, die Empörung unter den Arbeitern war so groß, daß eine Demonstration von 3000 Arbeitern der S.P.D. und U.S.P.D. gegen den nationalsozialistischen Kumpel protestierte und sich erkläre für die Forderungen des Dffenen Briefes der S.P.D. erklärte. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfall.

## Die Kahrregierung entwaftet — eine sozialistisch verfeindete Einwohnerwehr.

Die sozialdemokratische „Frankische Tagespost“ in Nürnberg veröffentlicht folgendes Schreiben:

Bekannt des Staatskommissars für Mittelfranken.

An die Kreisleitung Mittelfranken bei Emsbrunn bei Jirnborf.

Katholisch geistlich ist mir, einem Kehrung aus einem an die Kreisleitung der Katholischen Kirche Emsbrunn-Jirnborf gerichteten Schreiben zu gefälligen weiteren Berücksichtigung mitgeteilt:

„In Jirnborf kommen als lebenswichtige Betriebe des Kaiserreichs und der katholischen Religion in Frage. Ein Schlag durch die soziale Umwälzung ist nicht möglich, da die Einwohnerwehr sich nur aus sozialistischen Elementen zusammensetzt und bürgerliche Mitglieder an sich zu ihr nicht gebildet werden. Die Leiter der Einwohnerwehr sind nicht auf 50 Mann, 300 Gewehr, 7 bis 8 Waffenschuppen. Da die Einwohnerwehr Jirnborf in dieser Hinsicht und Jirnborf-Regierung Jirnborf im Bedarfsfälle unterstützen können und werden, ist es 2 und 4 der Begehren des Reichsverbandes der Einwohnerwehr Jirnborf Jirnborf nicht erfüllt und die Einwohnerwehr nicht mehr“

die nötige Energie noch das Interesse zeigen, eine Aenderung der Verhältnisse herbeizuführen, wird hiermit beantragt, daß die dortige Einwohnerwehr entwaftet und aufgelöst wird. Begehr: G a r e i s.

Das Schreiben zeigt klar, daß die Entwaffnung der Einwohnerwehren keine militärtechnische Frage, sondern eine Frage des Klassenkampfes ist. Die Kahrregierung, die sich schützend vor die Einwohnerwehren stellt, entwaftet solche, wenn sie nicht zuverlässig bürgerlich sind. Sie behauptet die Frage als Wachfrage im Klassenkampf. Dagegen nützt kein Jammern und keine Bitten an die Reichsregierung und die Entente. Dagegen hilft nur der Aufmarsch der Arbeitermassen zum ebenso entschlossenen Klassenkampf, zum Massenangriff auf die bewaffnete Gegenrevolution. Nur das Proletariat kann die Dergesch entwaften und durch seine Bewaffnung die Garantie gegen ein neues Hochkommen der Gegenrevolution schaffen.

## Aus Sowjet-Rußland.

Der Kampf gegen das Analphabetentum. Für den Unterricht der Analphabeten werden in einer besonderen Druckerei in Taschkent Fibeln in kirghischer und turkischer Sprache hergestellt. So wie im übrigen Rußland werden auch in Turkestan die des Lesens und Schreibens Unkundigen in eigenen kurzfristigen Kursen, die allerorten entstehen oder bereits existieren, unterrichtet.

Eine neue Volkshochschule. „Petrogradskaja Iwewka“ berichtet: Im Dorfe Rowo-Nikolajewsk ist eine Volkshochschule eröffnet worden. Die Vorlesungen umfassen die Fakultäten: Landwirtschaft, Medizin und Literaturgeschichte.

Soziale Fürsorge in Sowjetrußland. Ein Dekret des Rates der Volkskommissare ordnet für ganz Rußland die unentgeltliche Verabfolgung aller mit ärztlichen Rezepten verordneten Heilmittel für alle Apotheken an.

Kulturarbeit in Sowjetrußland. In Moskau ist ein neues wissenschaftliches Institut für Biochemie eröffnet worden. Der Leiter des Institutes ist Professor Bach, ein in nationalen Kreisen bekannter Gelehrter und alter Revolutionär. Bei der Eröffnung, an welcher Maxim Gorki, der Kommissar für Volksgesundheit, Somaichlo, und die alten Revolutionäre Morosow, Vera Fignor und andere teilnahmen, sprach Professor Bach über die Bedeutung des Sozialismus für die Wissenschaft, welchem auch die Erfüllung dieses lange gehegten Wunsches zu verdanken ist.

Ein „Unterrichtszug“ nach dem Donezgebiete. Nach dem Donezgebiete ist ein „Unterrichtszug“ abgegangen, der eine Ausstellung, Bücher für Bibliotheken und 150 000 Reichsr. Stoff und Schuhe für eine Kinderkolonie mitführt.

Kultureller Fortschritt bei den Tschuwaschen. Die Sowjetrepublik der Tschuwaschen hat eine Wanderschule für Verwaltungswesen eingerichtet, die an allen Orten mehrwöchentliche Kurse unter großer Beteiligung der Bevölkerung abhält. Anschließend daran werden an einzelnen Orten Theateraufführungen veranstaltet, um mit der Kulturarbeit in die Bevölkerung besonders bei der jungen Generation tief einzudringen.

Hervorzuheben ist die Tatsache, daß meist die bäuerliche Bevölkerung der einzelnen Orte die Initiative zur Weiterführung des Begonnenen ergriffen hat. An vielen Orten hat die Bauernschaft den gesamten Ernteüberschuß der Arbeiterklasse der Städte zur Verfügung gestellt.

## Wieder eine Schuldfrage verfleiert.

Die Rechtssozialisten haben wieder einmal fertig gebracht, eine Schuld der kapitalistischen Gesellschaft zu verfleieren, sogar abzuleugnen. Kaum hatte sich in Detschik i. B. das Raffengrab über die 56 zerstückten und verlohten Bergarbeiterleichen geschlossen, als der rechtssozialistische sächsische Ministerialrat Albert sich abmühte, in der „Chemnitzer Volksstimme“ den Nachweis zu erbringen, daß doch der Leichfertigkeit von Arbeitern das Unglück zuzuschreiben ist, wie das gleich von der bürgerlichen Pressement bei der Meldung des schrecklichen Grubenunglücks behauptet worden war. Ein Grubenarbeiter sollte leichtfertigerweise die Lampe geöffnet haben. Diese schmachvolle Lüge und Verleumdung stand in der gesamten Presse zu jener Stunde, als 50 000 Klassengenossen den 56 Opfern des kapitalistischen Mordes das letzte Geleit gaben.

Selbst eine längliche Darstellung der Ergebnisse der vorläufigen Untersuchung konnte keine Schuld der Arbeiter herauskriegen. Nichts ist festgestellt! Aber zugegeben wird das Wichtigste: kurz zuvor war keine Wetteruntersuchung! Arbeiter behaupten mit Bestimmtheit, daß den ganzen Sonntag über der Ventilator nicht gelaufen ist, ja, daß er gegen 4.30 Uhr früh noch nicht ging, obwohl durch ein neu angelegtes Hauptwerkzeug besondere Gefahr gegeben war. Die Kompressionsmaschinen standen still. Kein Steiger hat kurz vorher kontrolliert, wie es vordrückt ist. Wetterlucher fehlten. Lampen waren defekt. Die Sicherheitsvorrichtungen sind heruntergewirtschaftet. Das Schlagwettergebläse ist technisch rückständig usw.

Diese harten, nackten Tatsachen der amtlichen Untersuchung besagen zur Genüge die Schuld. Aber mit frecher Stirn läßt man eine andere „Feststellung“ der Ursache. Man beschuldigt die Toten, weil sie stumm sind und ohne Verteidigung. Die Betriebsräte sagen: „Wir aber geben den verzerrten Mündern Stimme und schleudern die Auflage der Verantwortlichkeit dem kapitalistischen System und seinen Sachwaltern, den Direktoren und Leitern der Grube ins Gesicht: Die schlechte Wetterführung ist die alleinige Ursache der Explosion!“

Eine kombinierte Arbeiterratsführung aller Schichten beschuldigt sich mit dem schamlosen Leitartikel der „Chemnitzer Volksstimme“ vom Pressechef der sächsischen Regierung, dem bekannten Rechtssozialisten Robert Albert, der im wider-

wichtigsten Schmuck die Toten und die Bergarbeiter über-  
haupt beschimpft, nur um die kapitalistische Vorkriegs- und Aus-  
beutewirtschaft zu schätzen.

Der Betriebsrat, der auch unterrichtet war, daß der  
Artikel Alberts, von dem nachher die Redaktion abdrückte,  
ursprünglich noch schärfer lautete, als er in der „Volk-  
stimme“ erschien, fachte zum Schluß eine Entschuldigun-  
g, in der er es schärfstens zurückweist, daß man den Arbeitern die  
Schuld aufhals. Auch die Direktion soll sich äußern über  
den Bericht Alberts. Auch die Regierung wird sich zu  
äußern haben. Vor allem aber werden die Arbeiter ant-  
worten müssen. Den S.P.D.-Leuten sollen sie die Diktatur  
geben; hier haben sie ein treffliches Bild, wie der „Klassen-  
kampf“ in Praxis aussieht, und wohin die Arbeitsgemeinschaft  
mit dem Kapital führt: in einen berartig widerlichen Sumpf,  
zu solchem Verrat der Arbeiterinteressen.

Da man nicht sofort Betriebsräte zur Untersuchung  
zugog, ist der Tatbestand verschleiert. Und doch liegt die  
Schuldfrage offen auf der Hand: Fahrlässige Weiterführung  
ist die Ursache, daß die Arbeiter gemordet wurden. Der  
Ventilator ging nicht; man sparte für den Profit. Was liegt  
dem Kapital an Menschenleben! Außerordentlich starke  
Wetter haben sich aufgehaust. Statt abzusperren und die  
Wetter wegzutreiben, ließ man ohne kurz vorherige Kontrolle  
die Schicht einfahren und die Explosion mußte geschehen.  
Das Kapital, das die Gesundheit des Grubenarbeiters nicht  
achtet, das zusammen mit den Mehrheitssozialisten die Arbeits-  
zeit erhöhen will, es mordet Massen dahin, rücksichtslos.  
Wann, Bergarbeiter, laßt Ihr Euch nicht mehr morden?

Wann, Bergarbeiter, steht Ihr alle zusammen gegen  
die Ausbeutung, gegen die Diktatur des Kapitals, das leicht-  
fertig mit Eurem Leben spielt?  
Wann seid Ihr einig in dem Willen zur Erklämpfung  
der Diktatur des Proletariats.

## Gewerkschaftliches.

### Die Carlower Munitionsarbeiter im Streik.

Die Carlower Munitionsarbeiter sind in den Streik  
getreten, weil ihre Forderungen, 5 Mk. Stundenlohn und  
Kinderzulagen, abgelehnt wurden. Die übrige Arbeiter-  
schaft hat sich mit dem Vorgehen der Carlower Mu-  
nitionsarbeiter solidarisch erklärt.

### Gegen die Organisationszerstörer.

Von der Reichsgewerkschaftszentrale erhalten wir folgende  
Erklärung:

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes hat  
den angestellten Funktionären der Organisation folgenden  
Revers zu Unterschrift vorgelegt:

„Ich, Unterzeichneter, erkläre hiermit, daß ich als An-  
gestellter des Deutschen Eisenbahnerverbandes die Weisungen  
und Beschlüsse der 3. Internationale, sowie des Inter-  
nationalen Rates der Fach- und Industrieverbände in ge-  
werkschaftlicher Beziehung für nicht bindend anerkenne, son-  
dern mich einzig und allein auf den Boden des am 2. Jan-  
uar 1921 in Kraft getretenen Statuts des D.E.B. stelle  
und für dessen Einhaltung und Durchführung Sorge trage.  
Ich erlaube an, daß dem Hauptvorstand die Anwendung  
seiner gesetzlichen Rechte zusteht, wenn ich mich nicht im  
Sinne dieser Erklärung in der Organisation betätige.“

Mit dieser Erklärung verlangt der Vorstand des D.E.B.  
von den besetzten Funktionären des Verbandes eine schrift-  
liche Anerkennung des Statuts. Demgegenüber muß festge-  
stellt werden, daß jedes Mitglied des D.E.B. durch Unter-  
schrift das Statut anerkannt hat. Eine besondere Anerkennung  
durch Revers sieht das Statut nicht vor. Der Hauptvorstand  
des D.E.B. hat kein statutarisches Recht, die Unterzeichnung  
eines solchen Reverses zu verlangen. Er will sich eine „rech-  
tliche“ Grundlage für den Ausschluß der Kommunisten schaffen.  
Sollte er Maßnahmen ergreifen gegen Funktionäre, die die  
Unterschrift zu einem solchen Revers verweigern, so ist das  
eine Anmaßung, die verbandsschädigend wirken muß.

Die Kommunisten im D.E.B. haben wiederholt erklärt,  
daß sie das Statut des Verbandes anerkennen und ihre Tätig-  
keit im Verbandsrat darauf einstellen. Niemals hat die 3. In-  
ternationale oder der Rat der Fach- und Industrieverbände  
von seinen Mitgliedern verlangt, daß sie die Statuten ihrer  
Gewerkschaft brechen sollen. Die Kommunisten dürfen sich  
durch keine Gewaltmaßnahmen des Vorstandes zu einer  
Schädigung der Arbeiterbewegung verleiten lassen.

Der Vorstand des D.E.B. fordert von den Funktio-  
nären die Nichtbeachtung der Weisungen und Beschlüsse der  
3. Internationale und des Internationalen Rates der Fach-  
und Industrieverbände. Er hat aber niemals den Mitgliedern  
des D.E.B. die Grundzüge der 3. Internationale und des  
Rates der Fach- und Industrieverbände mitgeteilt. Die  
3. Internationale vertritt eine Weltanschauung und verlangt  
von ihren Mitgliedern, daß sie überall im Sinne dieser  
Weltanschauung wirken. Solange die Gewerkschaftsbewegung  
besteht, ist die politische Meinungsfreiheit der Gewerkschafts-  
mitglieder als das höchste persönliche Recht der Mitglieder  
gewahrt worden. Jetzt verlangt der Vorstand des D.E.B.  
von seinen Angestellten die Verleugnung der politischen  
Überzeugung, er will die Funktionäre außerdem durch die  
Unterzeichnung eines Reverses zu Sühnungslumpen machen.

Die Mitglieder des D.E.B. müssen diese Zumutung  
einer großwahnsinnigen Gewerkschaftsinstanz entschieden  
ablehnen.

Der Vorstand des D.E.B. verlangt von den Funktionären  
durch ihre Unterschrift die Anerkennung seiner die Interessen  
der Arbeiterbewegung und des Verbandes schädigenden Maß-  
nahmen.

Die Mitglieder des D.E.B. müssen erklären, daß sie es  
ablehnen, diesen Spaltungsvorhaben des Vorstandes Vorschub  
zu leisten.

Nach dem Statut des D.E.B. steht der Verband auf  
dem Boden des Klassenkampfes. „Als höchstes Ziel erstrebt

der Verband in Gemeinschaft mit der gesamten freien Ar-  
beiterbewegung die Beseitigung der kapitalistischen Produktions-  
weise und deren Ersetzung durch die sozialistische Wirtschafts-  
ordnung.“

Wenn die Kommunisten im D.E.B. nach den Richt-  
linien der 3. Internationale und den Statuten des Rates  
der Fach- und Industrieverbände wirken, dann erstreben sie  
die Verwirklichung dessen, was auch das Statut des D.E.B.  
verlangt.

Indem der Vorstand des D.E.B. diese Tätigkeit zu  
unterbinden versucht, macht er sich einer schweren Verletzung  
des Statuts schuldig. Nicht nur die Kommunisten, sondern  
die Mitglieder des D.E.B. müssen den Kampf gegen die  
verbrecherischen Maßnahmen des Vorstandes aufnehmen.

Reichsgewerkschaftszentrale der S.P.D.

## Betriebsrat und Aufsichtsrat.

Wie die „S.P.D.“ erfahren, lag dem Sozialpolitischen  
Ausschuß des Reichswirtschaftsrats in seiner Tagung vom  
8. Februar der Entwurf eines Gesetzes über die Entsendung  
von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat vor. Das  
Gesetz enthält die Ausführungsbestimmungen zu § 70 des  
Betriebsratsgesetzes. Ueber die wesentliche Frage, ob die  
Betriebsratsmitglieder dieselben Rechte wie die anderen  
Aufsichtsratsmitglieder erhalten sollen, ergaben sich starke  
Meinungsverschiedenheiten, die dazu führten, daß die Frage  
zur gegenseitigen Verständigung an eine paritätisch von  
Arbeitgebern und -nehmern besetzte Kommission verwiesen  
wurde.

Selbst nicht einmal den Schein, als ob die Betriebs-  
ratsmitglieder in den Aufsichtsräten etwas zu sagen hätten,  
gönnt man den Betriebsräten!

## An unsere Abonnenten!

Um eine pünktliche Lieferung unserer Zeitung  
gewährleisten zu können, bitten wir unsere  
Abonnenten, Beschwerden über unregelmäßige  
Bestellung durch die Post oder Boten an die  
Geschäftsstelle direkt zu richten.

Geschäftsstelle

des Sozialistischen Verlags, r. O. m. b. H.

## Aus der Provinz.

**Klein.** Am Donnerstag, den 3. Februar, sprach  
Genosse Kummerow-Stuttgart im Gasthof zum „Rusen-  
tempel“ in Groß-Bedern in einer Wählerversammlung über  
das Thema: „Die Kommunisten und die Bedeutung der  
Landtagswahlen für die Landarbeiter und Landwirte“. Am  
Eingang seines Referates führte er aus, daß die Kommunisten-  
partei nicht auf Stimmengänge ausgehe und den Massen  
allerlei verspreche, sondern daß es uns hauptsächlich daran  
liege, die Massen aufzuklären. Sodann kritisierte Redner  
auch die Mehrheitssozialisten, die dem Volke allerhand Ver-  
sprechen machten und am Ende auch nichts getan haben.  
Referent schilderte sodann das Parlament, er kam zu dem  
Schluß, daß das Parlament als solches der Arbeiterschaft  
nichts Gutes bringen kann. Ferner schilderte Redner in  
längerer Ausführung die Reaktion, wie sie immer weiter  
rüste. Auch die Sipos und Orgesch seien als Militärtruppe  
zu betrachten. Ferner sagte Redner, daß sich die Massen  
immer mehr von der rechtssozialistischen Partei abwen-  
den. Sodann schilderte Referent die Wohnungsnot, Kinderelend  
und die täglich zunehmende Arbeitslosigkeit. Auch Amerika habe  
2 1/2 Millionen Arbeitslose, in England steigen die Zahlen  
der Erwerbslosen auch von Tag zu Tag. Dieses haben wir  
alles der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu verdanken, auch  
sind das Folgen des Parlamentarismus. Uns kann das Parlament  
absolut nichts nützen. Redner verweist auf Sowjet-Rußland,  
daß dort alles besser eingerichtet ist als bei uns, wie z. B.  
Schulen usw. Selbst die Orgesch pfeift auf das Parlament.  
Die Rechtssozialisten müßten heute auch Stellung nehmen  
für oder gegen die Revolution. Redner sagte mit Recht,  
daß uns nichts aus dem Chaos bringen könne als die wirt-  
schaftlichen und politischen Beziehungen zu Sowjet-Rußland.  
Für uns Kommunisten komme es nicht auf die Stimmen  
an, die Hauptsache für uns sei, daß die Massen hinter uns  
stehen, um den Kampf gegen die Reaktion mit ganzer Ge-  
walt zu führen. Deshalb geben wir heraus, was die Massen  
aufzuklären. In der Diskussion sprachen zwei Redner, daß  
die Kommunisten schuld an der Zersplitterung der Arbeiter-  
schaft wären. Sie forderten die Anwesenden auf, nicht  
kommunistisch zu wählen, sondern Mehrheitssozialdemokraten.  
Im Schlußwort war es dem Genossen Kummerow ein-  
leichtig, seine Gegner an Hand von Beweisen zu überzeugen,  
daß stets die Kommunisten diejenigen gewesen sind, die für  
die Arbeiterschaft zuerst eingetreten seien. Referent schloß  
mit den Worten: Wir werden kämpfen, bis wir den Sieg  
erlangen haben.

**Unterbezirk Neusalz.** Im Laufe der verflochtenen  
Woche bieten unsere Genossen Redakteur Lubinski und Schrift-  
führer Hamann in einigen Orten unseres Bezirkes eine Reihe gut  
besuchter Volksversammlungen ab. Es sprach Genosse Lubinski  
über „Arbeitsgemeinschaft oder Klassenkampf“ in einer derort  
überzeugenden Weise, daß ihm von seinen Zuhörern überall  
lebhafter Beifall gezollt wurde. Die gleiche Wirkung erzielte  
Genosse Hamann mit seinen Ausführungen über „Kommunis-  
mus und die Wähler“. Dem in dem einzelnen Versamm-  
lungen aufzutretenden U. P. -Diskussionsredner anderer Parteien  
gelang es stets, was in schärfster Form gegen unsere Genossen  
anzukommen. Wenn sie trotzdem versuchten, für ihre eigene  
Kampfschlacht einzutreten, so mußten sie dies in der persön-

lichsten, geschicktesten und verletzlichsten Weise unternehmen,  
wie es beispielsweise der Dorfhauptling und S.P.D.-Mann  
in einer Nachbargemeinde tat. Trotzdem oder vielleicht gerade  
deshalb gelang es auch hier wie in allen anderen Orten neue  
Anhänger für unsere Sache zu gewinnen.

Wie gefährdet die Tätigkeit der Kommunisten ist und  
mit welchen Mitteln die S.P.D.-Größen jede Opposition im-  
den von ihnen beherrschten Arbeitervereinigungen zu unter-  
binden suchen, zeigt folgender Vorfall:

In der letzten Generalversammlung des hiesigen Konsum-  
vereins wurde an der Tätigkeit des Vorstandes und Aufsicht-  
rates von einigen unserer Genossen, darunter Genosse Weinert,  
scharfe Kritik geübt. Weinert selbst war noch nicht Mitglied  
des Vereins, wohl aber seine Frau. Um Stimmrecht und  
Wählbarkeit zu erlangen, hatte er die Mitgliedschaft seiner  
Frau ordnungsmäßig gekündigt und seine eigene Aufnahme  
beantragt. Jetzt wird Genossen Weinert vom Vorstand des  
Konsumvereins mitgeteilt, daß die Verwaltung beschlossen  
habe, seinen Beitritt abzulehnen, weil nach seinem Auftreten  
in der Generalversammlung zu urteilen ihn andere Gründe  
als das Interesse am Wohl der Genossenschaft ihn zum  
Beitritt veranlaßt haben dürften.

**Groß-Rohrau.** Am Sonntag, den 6. Februar, fand  
in Groß-Rohrau eine von der Ortsgruppe Rohrau einbe-  
rufene öffentliche Volksversammlung statt. Genosse Nie-  
derrain leitete die Versammlung. Genosse Kummerow-Stutt-  
gart referierte über „Die S.P.D. und die Landtagswahlen“. In  
einer zweistündigen Rede verhandelte er es ausgezeichnet, die  
Versammlungsteilnehmer, jumeist bestehend aus Bauern und  
Landarbeitern, auf unsere Seite zu gewinnen. Klar und  
deutlich zeigte er die verbrecherische Absicht des Kapitals gegen  
die Proletarier. Recht trefflich kennzeichnete er die verräterische  
Politik und Taten der Rechtssozialisten in der Landesver-  
sammlung. Andächtig und gespannt verfolgten alle seine  
Worte. Der lebhafteste Beifall zeigte, daß für uns auch in  
jedem Dorfe Sympathie vorhanden ist. Trotz der stark ver-  
tretenen S.P.D.-Ortsgruppe haben die Mehrheitssozialisten  
mit keinem Wort unserem Referenten widersprochen. Nur auf  
dem Lande so fort gearbeitet und der Sieg wird unser sein.

## Lokales.

Breslau, den 12. Februar 1921.

**Zum Streik in der Herren- und Frauenkleiderkon-  
fektion.** Eine Versammlung der Streikenden des hiesigen Be-  
leidigungsarbeiter-Verbandes tagte am Donnerstag, den 10. Februar,  
im Gewerkschaftshaus. Nach dem Bericht der Streikleitung sind  
am Streik 1800 Personen beteiligt. In Betracht kommen 65 Firmen,  
welche dem Arbeitgeberverband angehören. In 13 Firmen, welche  
dem Arbeitgeberverband nicht angehören, ist mit den einzelnen  
Firmen eine Vereinbarung getroffen worden und wird weiter ge-  
arbeitet. In Betracht kommen hier die Firmen C. Lewin, Volks-  
beleidigung, Vilek & Adamkiewicz, S. u. E. Wollmann, Martin  
Schwede. Mit den Firmen Stefan Gsöder und Volkswohl konnte  
eine Einigung nicht erzielt werden und wird demzufolge in  
beiden Firmen gestreikt. Mit den übrigen Firmen wird noch  
verhandelt. Weiter wurde in der Versammlung mitgeteilt, daß  
keine Sachen fertig oder unfertig abgeliefert werden dürfen. Die  
Versammlung erklärte sich mit den Darlegungen der Streikleitung  
einverstanden.

Kollege Baal, als Referent der Versammlung, führte  
dann noch aus, daß es sich bei diesem Kampf nicht allein um  
eine Lohnrechnung handle, sondern um eine grundlegende  
Veränderung des gesamten Tarifwesens. Das Objekt des Kampfes  
sei wesentlich und müsse die Mitglieder auf das äußerste an-  
spannen, diese Bewegung auf das allerhöchste durchzuführen.

„Volkswacht“ logt. „Eine kommunistische Lüge“ liest man  
in der Mittwoch-Nummer der „Volkswacht“. Sie stellt fest, daß  
die Löhner der Linde-Hofmann-Werke täglich 9 Stunden arbeiten,  
aus der Luft gegriffen sei. In einem Mensurgen ist man aber  
gezwungen, festzustellen, daß an einem der letzten Sonntage  
23 Kollegen je 4 Stunden gearbeitet haben. Also ist wohl die  
Form etwas verkehrt, im Effekt ist es aber dasselbe. In den  
Linde-Hofmann-Werken wurden Ueberstunden gemacht und keine  
Arbeitslosen eingestellt. Wenn dieser Zustand nun auf Betran-  
kung des Betriebsrates beiseite ist, hat die Feststellung des  
Kommunisten in der Versammlung bei Dauer ihren Zweck erfüllt.

Die unabhängigen Theoretiker. Sie hatten für Don-  
nerstag, den 10. Februar, eine Versammlung nach dem Schieß-  
wärdchen einberufen. Proletarier füllten den Saal, aber keine  
Unabhängigen, sondern Kommunisten, die gekommen waren, den  
samen Herrn Crispian sprechen zu hören und wegen seiner Ge-  
meinheiten, die er, der „Proletarier“, in seinen Reden und  
Schriften als Agitationsmaterial der Gegenrevolution gegen  
Sowjetrußland geliefert hat, zur Rechenschaft zu ziehen. Crispian  
war nicht erschienen wegen dringender Parteiangelegenheiten.  
Dafür sprach Rauch, früher Redakteur an der „Freiheit“. Von  
einem Vertreter einer Partei, die ihre historische Aufgabe  
erfüllt hat, die aber aus eigenem Parteinteresse immer noch den  
Besuch macht, das revolutionäre Proletariat von dem zu-  
ammenhängen zur Tat zurückzuführen, kann man nur Argumente  
erwarten, die in ihrem Wesen konterrevolutionär sein müssen.  
Darin ist sich und der geistigen Einseitigkeit seiner Partei Genosse  
Rauch vollständig treu geblieben. Die Spaziergänge in dem  
hiesigen Friedenspark von Versailles und die daraus fol-  
genden Partier Bedingungen auszuführen, das sagt der revo-  
lutionäre Sozialist Rauch, bemerken die Unabhängigen der un-  
abhängigen „Geister“, die politische Probleme revolutionär zu  
zuspitzen und im proletarischen Sinne zu gestalten.

Genosse Klein von der S.P.D. legte die wesentlichen  
Unterschiede in der Einstellung eines Unabhängigen und Kommu-  
nisten zu den wichtigsten Tagesfragen und im weiteren den poli-  
tischen Fragen: Sozialisierung, Bürgerkrieg, Diktatur des Pro-  
letariats hervor. Die Pläne eines Differenz, in der Frage des  
Kohlensozialisierung den Grubengewaltigen ihre bis jetzt noch  
nicht verschickbaren Werte abzulassen, könne und mache das  
revolutionäre Proletariat nicht mit, weil das Verzug ist. Das  
Proletariat kann den Kampf um die Sozialisierung nur unter  
der Kontrolle der entschuldigungslosen Entelung führen, die nur  
von den Kommunisten vertreten wird. Die unabhängige Partei  
ist unfähig dazu, wie sie unfähig ist, die notwendige Einheit zum  
Kampfe herbeizuführen, weil sie bei jeder Gelegenheit der Ein-  
seitigkeit zu proletarischer Politik verlagert hat.

Die Versammlung brachte eine Resolution ein, die aus-  
drückte, daß die Versammlung sich voll und ganz auf den Boden  
der Forderungen des „Offenen Briefes“ der S.P.D. stelle. Die  
Stellungnahme der Zentralkommission der U.S.P.D. zu den  
Forderungen verurteilt, die Politik der U.S.P.D. als eine ver-  
räterische an der Revolution bezeichnet und die Pläne der S.P.D.  
und Genossen als Schaumflügel betrachtet.

Man verfuhr, die Resolution unter den Tisch fallen zu lassen, indem man sie erst nach dem Schlusswort des Referenten zur Abstimmung bringen wollte. Das ließ sich die Versammlung nicht gefallen und sang während des Schlusswortes die Internationale.

**Magistrats-Mitteilungen.**

Die Stadtverteilungsstelle meldet: Mit Genehmigung der Reichsbehörden wird die Stadtverteilungsstelle auf Antrag den Gastwirten zur Speisebereitung amerikanisches Weizenmehl (Kochmehl) zum jeweiligen Kleinhandelspreise abgeben. Die Anträge auf Zuteilung sind sofort unter Angabe des monatlichen Bedarfs bei der Stadtverteilungsstelle, Abteilung Gastwirte, zu stellen.

**Versammlungskalender.**

**Sammelt für den Wahlfonds.**

Die Gegenrevolution arbeitet mit Lüge und einem gefüllten Geldsack. Auf die Lüge können wir verzichten, Geld ist aber notwendig zur Führung des Wahlkampfes. Sammelt in Betrieben und Versammlungen und sendet die Beträge an: Bezirksverbandsleitung Schlessen der S.R.P.D., Breslau 1, Nikolaistraße 49/50 unter der Bezeichnung: Für den Wahlfond. Der Wahlausschub.

Breslauer Genossen, die in der Lage sind, Delegierte aus der Provinz vom 12. bis 13. oder vom 13. bis 14. Februar zu beherbergen, werden ersucht, ihre Adresse sofort der Bezirksverbandsleitung anzugeben.

**Sämtliche Unterbezirksführer** haben sofort an die Bezirksleitung in Breslau zu melden, wieviel Stimmzettel sie für ihren Unterbezirk brauchen.

**19. Februar.** Unterhaltungsabend. Sonntagabend, den 12. Februar, nachm. 6 1/2 Uhr, Restaurant zur Goldenen Sieben, Marianenstr. 7.

**Deutscher Eisenbahner-Verband.** Am Sonntag, den 13. Februar, früh 9 Uhr, findet in den Hubertus-Sälen (Eisen-Sälen) Friedrich-Wilhelm-Str. 82, eine Vollversammlung der Eisenbahnerbetriebsräte statt. Erscheinen sämtlicher Betriebsräte erforderlich.

Das Mitglied des Hauptbetriebsrates, Kollege Patge-Berlin, ist anwesend. Einlass nur gegen Nachweis. **Verteidigungsarbeiten.** Alle auf dem Boden der 3. Internationale stehenden Verteidigungsarbeiter, Montag, den 14. Februar, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Nikolaistraße 49/50. **Kommunistische Jugend.** Schule Minoritenhof. Sonntag, den 13. Februar, nachm. 4 Uhr, Unterhaltungsabend.

**Bezirksverbandstestung.** Sonntagabend, den 12. Februar, abends 7 Uhr, Sitzung im Parteibüro. In dieser Sitzung haben sich sämtliche in den Wahlausschub gewählten Genossen unbedingt zu beteiligen.

**Der Arbeiter-Schachverein Breslau** gibt am 13. Februar, vorm. 9 Uhr, in Bräuers Restaurant, Wpeltowitzstraße 36, eine öffentliche Veranstaltung, bestehend aus Simultanspiel und Wettkämpfen. Wir machen alle Schachspieler und Schachinteressenten besonders darauf aufmerksam. Gäste sind herzlich willkommen. Eintritt frei.

**Ren-Salzbrunn.** Jeden Sonntagabend Diskussionsabend. Sonntag, den 13. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Finsterbrunn. Wahlarbeit. Kein Genosse darf fehlen.

**Agitationsbezirk Liegnitz, Ortsgruppe Liegnitz.** Sonntag, den 13. Februar, früh 9 1/2 Uhr, große Beamten- und Angestellten-Versammlung im „Reichspräsident“, Glogauer Promenade. Referent: Genosse Grünwald, Breslau. Genossen, agitiert fleißig für zahlreichen Besuch.

**Ober-Hermsdorf.** Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 2 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthof „Zur guten Laune“.

**Freiburg.** Sonntag, nachm. 2 1/2 Uhr, findet im Buchwald eine große öffentliche Frauenversammlung statt. Referentin: Genossin Ehm-Berlin. Genossinnen und Genossen, sorgt für guten Besuch.

**Ortsgruppe Waldenburg.** Sonntag, den 13. Februar, vormittags 9 Uhr, öffentliche Vollversammlung in der Herberge zur Heimat. Referent: Genosse Peder-Berlin. Genossen, agitiert fleißig für zahlreichen Besuch.

**Witwater.** Sonntag, den 13. Februar, vormittags 9 Uhr, im Volkshaus Mitgliederversammlung. Sehr wichtige Tagesordnung. Erscheinen jedes Genossen ist Pflicht.

Ortsgruppen, die für die Tätigkeit in den Gewerkschaften noch Probenummern des „Gewerkschaftlers“ benötigen, können diese bei der Bucherei bestellen.

Die Distrikte haben sofort durch ihre Literatur-Obleute die neue „Ruffische Korrespondenz“ Nr. 19/20 und „Die Kommunistin“ Nr. 2, abzuholen. Die Distrikte, die ihre Prosküre noch nicht abgeholt haben, müssen dies sofort nachholen.

**Literarisches.**

Am 1. Januar 1921 wird vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale eine internationale Zeitung für Arbeiterkinder, „Der junge Genosse“, herausgegeben. Die Zeitung ist mit reichem Bildschmuck, guten Erzählungen, Gedichten sowie Aufsätzen von Kindern ausgestattet. Sie hat in den Kreisen von Partei- und Jugendgenossen, bei Lehrern, Erziehern und vor allem bei den Kindern selbst begeisterte Aufnahme gefunden.

Unter der Redaktion des Genossen Goerke ist uns ein guter kommunistischer Charakter gewährleistet. Es ist Pflicht aller Parteigenossen und Genossinnen, in Zukunft für die weitest mögliche Verbreitung Sorge zu tragen. Das ist wenig und doch viel, was wir den Kindern damit geben.

„Der junge Genosse“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats und kostet vierteljährlich 1,80 Mk., im Einzelverkauf 30 Pf. Nummer 1 und 2 sind bereits erschienen.

Nummer 2 bringt Bilder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als Kinder, eine Zeichnung von Rosa Luxemburg, einen Brief von Karl Liebknecht an sein Töchterchen, Heiden des Volkes (ein Aufsatz), Bilder, Zeichnungen und Beiträge von Kindern.

Alle kommunistische Literatur besorgt die Kommunistische Bucherei Breslau 5, Gräbshener Straße 45.

**Druckfehlerberichtigung.**

In dem gestern erschienenen Aufsatz „An die Kommunisten in Stadt und Land“ muß es auf der letzten Seite statt Kuverts, Kuriers heißen.

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“ Annoncen-Expedition: Breslau 5, Museumplatz 7. Telefon: Obste 1891. Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Reuber, für Inserate: Liebshwager & Meyer.

Druck: Buchdruckerei Büffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

**Stadttheater.**  
Sonntagabend 6 Uhr:  
Erfikan und Hilde.

**Jobe-Theater.**  
Sonntagabend 7 1/2 Uhr:  
Die Fremdin.

**Thalia-Theater.**  
Sonntagabend 7 1/2 Uhr:  
Sie.

**Schauspielhaus.**  
Operettenbühne, II. St. 25-45  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Die blaue Haube.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Der adelige Bauer.

**Liebig-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Illenebs Löwen  
und das glänzende  
Februar-Programm.

**Ober-Bayern**  
Gartenstr. 65  
Täglich  
die urfidelen  
Oberländer

**Kammer-Lichtspiele**  
Schweidnitzer Strasse  
Das große Kino-Programm  
3 Premier-Produktionen:  
Erika Gilmer in  
Die rote Hexe.  
Das  
Der große Abenteuerroman  
der Abenteuerlust  
Und was für tolle  
wunderschöne

**Verfilmte Lichtspiele**  
Westen  
Der erste Film der  
Dyckhoff-Lucas-Klasse  
**Das Blut der Ahnen**  
Eine spannende  
Erzählung in 6 Akten  
Freud.

**Odertor-Lichtspiele**  
Weinstraße 53/55  
Nur noch heute!  
Die fabelhafte Sensation  
Staatsanwalt  
Briand Abenteurer  
Die unglaubliche Ehe.  
Sonntag und Montag  
Der 3. Sensation-Film der  
Dyckhoff-Weltklasse  
Die Jagd nach dem Tode  
Das gewalt. Abenteuer-Drama  
Ferner: Der große Lustspiel  
Der Flimmer-Jagd.  
S. 11 u. 12  
Große Jugend-Freizeit  
Rührerliche Musik.

**Volksgarten-Lichtspiele**  
Mickelstraße 48  
Ab Freitag, den 11. Februar  
Nur 4 Tage!  
2 große Schiller  
**Nic Carter**  
in seiner Glanzrolle  
Der gele. aus 1. Steinbrück  
Teil: Der Nachschreiber  
in 2 Akten und  
**Der Geistesarzt**  
in 4 großen Akten mit  
Brenn. Eichegrün.  
Die Spring-Stript. Abs. Ab.

**Ein Posten**  
Jachens Reithosen  
mit 22 verlässlichen  
im Handvertrieb  
Müller, Überlangenstraße  
W. 11

**Blummetalle**  
Jahresch.  
Kornmarkt 26.

**Schauburg**  
Viktoria-Theater  
Neue Taschenstraße  
Täglich 5-11 Uhr,  
Sonntag 3-11 Uhr.  
**Film-Schau:**  
2 Erstausführungen!  
50000 Mk.  
Prämien-Film  
**Der Totenkopf**  
Jeder Besucher kann sich  
an dem Preisanschreiben  
beteiligen. Außerdem:  
**Olaf Föns**  
**Homunculus.**  
**Der künstliche Mensch**  
3 Akte  
**Varieté-Schau:**  
Nur noch kurze Zeit!  
**Laurello**  
dreihäufiger Kopf.  
**Szeny**  
Entwicklungsmeister.  
**Joost**  
Komiker-Lane.

**D. K. Theater**  
Friedr.-Wilh.-Str. 35.  
Täglich 5-11 Uhr,  
Sonntag 3-11 Uhr.  
**Das rote Plakat**  
Der größte Berl. Krimin-  
Abent.-Sensations-Film  
in 6 Akten.  
**Die Frau auf der Schildkröte**  
oder  
**Im Liebesbann der entthüllten Indierin**  
4 Sensationsakte.  
**Varieté-Schau:**  
**Gerhard Zander**  
in seiner  
**Todesfahrt**  
in der  
**Dappelschleife**

**T. T.**  
Tauentzienplatz 15  
Ab Freitag,  
den 11. Februar 1921  
**Das Drama von Glossow**  
3 Akte  
**Die vierte Dimension**  
Glänzendes Lustspiel in 4 Akten.  
**Beginn:**  
Wochentags 4 Uhr,  
Sonntag 3 Uhr.  
Erlaubt 7 Stunden Beginn.

**Der Stier von Olivera**  
Heute und folgende Tage:  
Drama in 5 Akten  
Ein Tag aus dem Katzenlober  
Nationalsozialist. Film.  
Prize. Vort. der Leichnamer  
Inszeniert  
Casperi auf Reisen  
München 5. Herbst 1920.  
Beginn pünktlich 8 Uhr,  
Sonntag 7 1/2 Uhr, Montag 11 Uhr.

**Odertor-Lichtspiele**  
Weinstraße 53/55  
Nur noch heute!  
Die fabelhafte Sensation  
Staatsanwalt  
Briand Abenteurer  
Die unglaubliche Ehe.  
Sonntag und Montag  
Der 3. Sensation-Film der  
Dyckhoff-Weltklasse  
Die Jagd nach dem Tode  
Das gewalt. Abenteuer-Drama  
Ferner: Der große Lustspiel  
Der Flimmer-Jagd.  
S. 11 u. 12  
Große Jugend-Freizeit  
Rührerliche Musik.

**Ein Posten**  
Jachens Reithosen  
mit 22 verlässlichen  
im Handvertrieb  
Müller, Überlangenstraße  
W. 11

**Soeben erschienen!**

**WALDEMAR**

**DAS PROBLEM DER KRIEGSOPFER**

PREIS 1,50 Mk.

HERAUSGEGEBEN VON DER REICHS-  
GEWERKSCHAFTSZENTRALE DER  
V K P D

**AUS DEM INHALT:**  
Die wirtschaftliche Lage der Kriegsoffer  
Die Organisationen der Kriegsgeschädigten  
Die Notwendigkeit der Bildung kommunistischer Fraktionen

**Die Internationale der Kriegsoffer**

Die wirtschaftlichen Forderungen Die Gegner der Fraktionsbildung  
Zu beziehen durch **Ab. Harnack, Berlin.**  
Annostraße 1.  
sowie sämtliche Parteibuchhandlg.

**Große Geld-Lotterie**  
zu Gunsten der  
**Kriegsgefangenen-Heimkehr**  
Ziehung: 23. Februar bis 1. März  
26670 Gewinne, zusammen  
**1000000 Mk.**  
Haupt-Gew. M 250 000  
" " 100 000  
" " 50 000  
usw.  
Lose zum amtlichen Preise von M 6.-, für Port.  
incl. Liste M 1.-. 10 Lose sortiert M 10.-  
versendet  
**Lotterie-Geschäft**  
**R. Oberländer**  
Altona, Gr. Bergstraße 140.  
Hamburg 4, Seilerstraße.

**Achtung!**  
**Nur 3 Tage!**  
**Seidenbänder alle Breiten**  
**fabelhaft billig!**  
**M. Markus**  
Kupferschmiedestraße 31.

**+ Frauen +**  
Wenn alles verfaßt, dann nehmen Sie bei **Periodenführung**  
u. Unregelmäßigkeiten meine tanzenfach bedürft. Präparate  
Preis M 17,- u. 25,-  
Biel. fern. Danfförb.  
Jugend camille:  
**Gummwaren**  
für Damen und Herren.  
Spüllapp. Frigolator,  
Zerb. u. Monatsbinden  
Katalog geg. Einreichung  
von M. 1.-  
**Ston A. Genauer**  
Breslau 6, Sch. F.  
Pfeifferstraße 1, II  
Tel. Friedr. Wilh. 21 35

**Achtung!**  
**Recht! Billig! Preislos!**  
Nur Einzelverkauf!  
Zwirn, schwarz, weiß  
grau, Stern... 0,5  
Wolle, schwarz, grau, braun  
natur 2, 4, 5, 7, - u. 6  
Schulstiel, lang  
Baar 0,80 und 0,90  
Baar netz, extra groß  
Süd 1,1  
Gummiband, prima  
Meter 3,- und 4,-  
Ecken, dopp. Spitzen  
Berjen, da Ware, Knäuel  
Frauenstrümpfe, 200  
Spitzen, doppelt  
prima Ware, Baar 1,-  
**Erich Fränkel**  
Korn, Weiß, Wolf u. 10  
waren, Bänder, Tücher  
zu groß und en bel.  
Spezialität: Zwirn, 20  
Eingang Reichs-  
Geldstelle der Zeit.  
Breslau 1, Gräbshener  
Eingang Reichs-  
Geldstelle der Zeit.  
**Händlerpreisliste**  
P. Weller, Nikolaist.  
Urban vertrieb d. r.  
Felix, Parzell...

Leser unserer Zeitung, kauft nur bei Firmen, die in unserem Blatte inserieren.